



Frontalangriff auf unsere Renten

Auch der öffentliche Dienst ist betroffen

Seit dem 13. Mai ist die Katze aus dem Sack: Premierminister Luc Frieden hat im Rahmen seiner Rede zur Lage der Nation eine massive Verschlechterung unseres öffentlichen und solidarischen Rentensystems angekündigt.

Die jungen Beschäftigten von heute sollen bis zu 5 Jahre länger einbezahlen, **also 5 Jahre länger arbeiten**, um in Pension gehen zu können.

Da zugleich die Verschlechterungen von 2012 aufrechterhalten wird, inklusive des möglichen Aussetzens der Anpassung der Renten an die allgemeine Lohnentwicklung, wird diese Pension bis zu 2052 **bis zu 13% niedriger ausfallen, als das jetzige Rentenniveau**.

Zugleich sollen private Zusatzversicherungen gefördert, und die Betriebe NULL belastet werden.

Der Premierminister hat auch klargestellt, dass ALLE betroffen sind, auch alle Beamten und Angestellten, die unter die „régimes spéciaux“ fallen (Staat, Gemeinden, CFL) und ab 1999 eingestellt wurden.

Nach der massiven Verschlechterung der Renten im öffentlichen Dienst durch die Reform 1998 und den Verschlechterungen durch die allgemeine Rentenreform 2012 ist dies bereits der dritte Angriff auf die Pensionsrechte aller Beamten und Angestellten bei Staat, Gemeinden und CFL.

Diese Demo betrifft alle – Beamte und Angestellte ebenso wie Arbeitnehmer, Aktive wie Pensionierte, in Luxemburg wohnende und Grenzgänger.

Aus verschiedenen Verwaltungen kommt uns jedoch zu Ohren, dass dort von den Chefs behauptet wird, Beamte dürften sich nicht an der Demo vom 28. Juni beteiligen, da dies gegen die „Neutralitätspflicht“ des Beamten verstoßen würde.

Diese Information ist falsch! Mal abgesehen davon, dass es sich nicht um eine Streikaktion handelt und die Demo außerhalb der Arbeitszeit stattfindet, gilt für den Beamten selbstverständlich auch die Meinungsfreiheit, die im Artikel 23 der Verfassung verankert wird. Die nationale wie die europäische Gerichtsbarkeit haben die Meinungsfreiheit im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung ebenso wie die gewerkschaftlichen Freiheiten auch der Beamten verankert. Eine entgegenlautende Behauptung ist **ein schwerer Angriff auf die Grundrechte der Beamten!**

Ob Beamter, Angestellter, Arbeitnehmer – am 28. Juni bin ich dabei!

Treffpunkt 11 Uhr Kreuzung Avenue de la Liberté - Avenue de la Gare / Luxemburg-Stadt

Die Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB ruft für Samstag, den 28. Juni zu einer großen nationalen Demonstration in Luxemburg-Stadt auf.

Für unsere Renten, für unsere Löhne, für unsere Rechte – und gegen diese Regierungspolitik!

Für Solidarität, Demokratie und soziale Gerechtigkeit!

Weitere Informationen

www.gewerkschaftsfront.lu